

Der Vollzugsdienst

6/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Nach der Kür die Pflicht –
umfangreicher Tätigkeitsbericht –
Neue Bundesleitung gewählt**

Ausrichtung für die nächste
Wahlperiode festgeschrieben

Seite 5

**Sicherung eines
zukunftsfähigen
Vollzuges in Brandenburg**

Zeitgemäßes Vollzugskonzept aus
der Sicht des BSBD

Seite 29

**5000 Hamburger Beamte
protestieren rund um die
Bannmeile des Rathauses**

Das „Weihnachtsgeld“
wird dennoch gekürzt

Seite 39

38. Bundesgewerkschaftstag in Lahnstein „Behandlungsvollzug ist Bürgerschutz“



Lesen Sie im Fachteil: Berufsbild Werkdienst – Vollzugliches Arbeitswesen

Auf ein Wort zum Jahreswechsel

Wieder geht ein Jahr zu Ende. Zwischen Weihnachten und Neujahr kehrt in aller Regel Ruhe ein, die immer öfter hektische Vorweihnachtszeit weicht der Beschaulichkeit. Traditionell ist diese Zeit Anlass zurückzuschauen, aber auch einen Blick auf das Kommende zu richten. Gelegentlich resultieren daraus auch Entscheidungen, die es umzusetzen gilt.

Ähnlich verhielt sich das mit unserem Bundesgewerkschaftstag. Im Vorfeld wurden verschiedene Themen diskutiert. Sind Beitragserhöhungen erforderlich? Wie können wir unsere Strukturen verändern, um für die Zukunft einerseits wirkungsvoll aufgestellt zu sein und andererseits die Beiträge möglichst nicht anheben zu müssen. Losgelöst von diesen Diskussionen, „Wie sollen wir weiter mit den föderalen Strukturen umgehen?“, fielen die Einschätzungen unterschiedlich aus, je nachdem, wo der Schuh gerade besonders drückte. Und die „Druckstellen“ sind bei weitem noch nicht beseitigt. Ganz im Gegenteil: Wir werden nächstes Jahr die einzelnen Ideen und Vorstellungen eingehend diskutieren müssen. Ich hätte mir gewünscht, dies zumindest ansatzweise schon auf dem Gewerkschaftstag angehen zu können. Für die Delegierten wäre das sicher interessant gewesen und es wäre ja auch grundsätzlich die Aufgabe eines solchen Treffens. Aber die Gewerkschaftstage besitzen ihre eigene Dynamik, plötzlich erscheinen andere Dinge wichtiger.

Die Notwendigkeit der koordinierenden Arbeit des Bundesverbandes ist jetzt deutlich bekräftigt und unterstrichen worden. Der Abschlussapplaus hat deutlich gezeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen auch in Zukunft den Erfahrungsaustausch im großen Rahmen wünschen.

Wir müssen am Informationsaustausch in der Fläche festhalten. So wie sich die Verantwortlichen der einzelnen Justizministerien länderübergreifend austauschen, so sind auch wir darauf angewiesen verlässlich voneinander zu lernen.

Der Gewerkschaftstag ging viel weiter, er hat mit einer Satzungsänderung beschlossen, dass der **BSBD** künftig mehr als bisher über die nationalen Grenzen schauen soll. Völlig im Gegensatz zur Föderalismuspolitik, mit der die Politik etwas eingefädelt hat, was die Bürger völlig anders sehen. Ein Wettbewerb unter den Ländern sollte entstehen. Glauben die politischen Führungen tatsächlich, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern in den 16 Bundesländern wirklich vermitteln können, den jeweils besten Strafvollzug zu haben, die beste

Verwaltung, die tollste innere Sicherheit usw. usw.? Gleichzeitig konnten rechtsradikale Verbrecher jahrelang in verschiedenen Bundesländern unentdeckt aufgrund mangelnden Informationsaustausches ihrem „mörderischen Handwerk“ nachgehen. Das Gegenteil ist doch eher der Fall – so wurde der „Wutbürger“ geboren. Eine Piratenpartei entert die politische Bühne. Alleine schon der Name, unter dem sich Repräsentanten der Bürger in einem Parlament einfinden, ist zumindest für mich ungeheuerlich.

Sparen ist angesagt

Brauchen wir wirklich 17 Justizminister und 16 Bundesländer, die sich nicht vergleichen lassen wollen, aber den Wettbewerb suchen? Berlin baut auf dem Grund und Boden von Brandenburg eine neue JVA, dabei hat Brandenburg, nach deren Vorstellungen, freie Kapazitäten und steht somit vor der Schließung moderner Anstalten. Genau das Gleiche finden wir in Niedersachsen und Hamburg. Sowohl Berlin als auch Niedersachsen wollen diese neuen Anstalten im Graubereich des Grundgesetzes auch noch teilprivatisieren. Dabei hat uns Hessen längst bewiesen, dass sich diese Betreiberform nicht rechnet. In Baden-Württemberg hat man dieses Modell mit einer politischen Rückwärtsrolle konsequenter Weise beerdigt. In Sachsen-Anhalt wird die Weiterentwicklung des Strafvollzuges untersucht, wobei die deutschlandweit als problematisch geltende JVA Burg offenbar unbeleuchtet bleibt. Obwohl dieser PPP-Bau klammheimlich vom bisherigen Betreiber *Bilfinger und Berger* (wo der



BSBD-Bundesvorsitzender Anton Bachl.

Urvater der Teilprivatisierung des Strafvollzuges, **Roland Koch**, Vorstandsvorsitzender ist) verkauft werden soll und als Konsequenz dieser Entwicklung zu einem Börsenspekulationsobjekt werden könnte.

Die Liste der eklatanten Fehlentwicklungen durch die Übertragung des Strafvollzuges auf die Länder ist inzwischen überlang. Der Bundesgewerkschaftstag hat völlig richtig und weitsichtig beschlossen, dass der Strafvollzug künftig wieder bundeseinheitlich geregelt werden sollte.

Im Namen der BSBD-Bundesleitung wünsche ich allen Leserinnen und Lesern, allen Kolleginnen und Kollegen und ihren Angehörigen eine besinnliche Adventszeit, ein fröhliches Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

All jenen Kolleginnen und Kollegen, die an den Festtagen im Einsatz für unsere Gesellschaft sind, wünsche ich einen störungsfreien Dienstverlauf.

Ihr
Anton Bachl,
Bundesvorsitzender

38. Gewerkschaftstag in Lahnstein

Zwischen Rhein, Wein und (Politik-)Gesang

Im landschaftlich reizvollen Lahnstein, am Zusammenfluss von Rhein und Lahn und eingebettet in reichhaltige Waldgebiete, hatte der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) zu seinem 38. Gewerkschaftstag eingeladen. In seiner Festansprache hielt der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen ein flammendes Plädoyer für den Altschuldenabbau und damit eine Reduzierung der erdrückenden Zinslast bei Bund, Ländern und Gemeinden. In der Podiumsdiskussion mit rheinland-pfälzischen Landespolitikern kamen die inhaltlichen Aspekte etwas zu kurz – dafür wurden verstärkt finanzielle Probleme ausgetauscht. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung durch Gesangseinlagen des Quartetts „Mixtour“.



Bundesvorsitzender Anton Bachl eröffnet den 38. Bundesgewerkschaftstag des BSBD.



dbb-Bundesvorsitzender Peter Heesen mit deutlichen Worten und klaren Argumenten.

Die Bundesleitung hatte in der Vorbereitung darauf verzichtet, den öffentlichen Teil der Veranstaltung mit politischen Grußworten zu spicken. Stattdessen setzte man auf eine Diskussionsrunde mit rheinland-pfälzischen Landespolitikern. Zuvor aber kamen **Adalbert Dornbusch**, Vertreter der Stadt Lahnstein und selbst Gewerkschafter, und der **dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen** zu Wort. **Dornbusch** beschränkte sich darauf, die landschaftlichen Vorzüge seiner 19.000 Einwohner zählenden Heimatstadt in der Weinregion zu präsentieren, einen Ausflug in die Historie zu unternehmen und für die vielfältigen



Adalbert Dornbusch, Stadt Lahnstein.

und langen Wanderwege der Region zu werben. „Wer nicht vom Wege abkommt, wird auf der Strecke bleiben“, schloss er sein Grußwort und hatte damit die Lacher auf seiner Seite.

Deutlich ernster waren die Themen, die **Peter Heesen** in seiner rund 40-minütigen Festansprache verwertete. Klar, dass es sich dabei um finanzielle Sorgen und Nöte insbesondere der öffentlichen Haushalte handelte. Er begann jedoch mit einem Lob für den **BSBD**, der sich durch großen Zusammenhalt auszeichne. Er wünschte der Versammlung, dass dies auch so bleibe. Gerade vor dem Hintergrund, dass Strafvollzug immer eher ein Schattendasein friste und nur dann in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, wenn es was Reißerisches zu berichten gäbe, sei das besonders wichtig. In diesem Zuge kritisierte er die zunehmende Reduzierung staatlicher Aufgaben und den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Die in Deutschland durchweg geringe Wahlbeteiligung von knapp über 50 Prozent sieht **Heesen** als eine Folge davon. „Wenn Staat und öffentlicher Dienst eine immer geringere Rolle spielen und Bürger mit ihrer Wahl immer weniger zu entscheiden haben, muss man sich über geringe Beteiligung nicht wundern“, lautet eine Essenz seiner Ausführungen. Gerade im Strafvollzug als hoheitlicher Aufgabe dürfe man Privatisierungsgedanken nicht weiter verfolgen. „Einer Forsa-Umfrage zufolge sprechen sich über 80 Prozent



Das Polit-Podium mit Peter Wilhelm Dröschner (SPD), Frank Puchtler (SPD), Gunther Heinisch (Bündnis 90/Die Grünen), Moderator Manfred Mauren (dbb-Akademie) und Elfriede Meurer (CDU) (v.l.n.r.).

der Bürger allgemein gegen weitere Privatisierungen aus, mehr als 30 Prozent würden vollzogene Privatisierungen wieder zurücknehmen“, berichtet der **dbb-Bundesvorsitzende**. Der Staat könne Aufgaben wie den Strafvollzug qualitativ besser und zudem auch noch günstiger anbieten als private Dienstleister. Noch nie habe Privatisierung zu einer Kostenreduzierung geführt – ein wirtschaftlich orientiertes Unternehmen will und muss schließlich mit angebotenen Produkten und Dienstleistungen Geld verdienen.

Damit schaffte **Peter Heesen** den Sprung zum Einkommen der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der Beamten. „Wie weit wollen wir die Entwicklung eigentlich noch treiben, dass ein Mensch Vollzeit beschäftigt ist, davon aber nicht mehr leben kann?“ Er kritisierte damit auch die aktuelle Mindestlohn-Debatte in Deutschland. „Ich verstehe, dass die öffentlichen Haushalte das nicht mehr hergeben. Aber wir müssen doch vor allem fragen, WARUM das so ist!“ Der Bundeshaushalt 2011 sieht eine Neuverschuldung von 48 Milliarden Euro vor, 41 davon müssen für bestehende Zinslasten aufgewendet werden. In Niedersachsen gehen gar volle 100 Prozent der Neuverschuldung (2,3 Milliarden Euro) für Zinslasten drauf. Bund, Länder und Gemeinden hatten 2010 eine gemeinsame Zinsbelastung von 70 Milliarden Euro zu schultern. „Wir brauchen ein Entschuldungskonzept, keine Schuldenbremse.“

Wir können doch nicht den jungen Menschen sagen: Ihr dürft keine Schulden mehr machen, aber die, die wir gemacht haben, dürft ihr freundlicherweise abtragen.“ Für den Beginn des Jahres 2012 erwartet der **dbb** ein unter Lei-



Große Aufmerksamkeit und geteilte Meinungen bei den Delegierten.

tung von **Paul Kirchhoff** ausgearbeitetes gutachterliches Konzept zum Abbau der Altschulden. **Heesen** erwarte gar nicht, dass alle darin gemachten Vorschläge angenommen würden, aber sie wären eine gute Grundlage für fruchtbare Diskussion. Er gab eine Art Vorabzug einiger sehr einleuchtender Maßnahmen wie die Umwidmung des Solidaritätszuschlags, die Auflösung stiller Reserven oder die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Zugleich erklärte er Steuererleichterungen für nicht wirksam. Er beendete seine Ausführungen mit dem Appell an alle, Kraft und Mut einzusetzen, um gemeinsam die Möglichkeiten zur Veränderung wahrzunehmen.

Den zweiten Hauptpunkt bildete die Podiumsdiskussion. Moderiert von **Manfred Mauren (dbb-Akademie)** waren die MdL Rheinland-Pfalz **Peter Wilhelm Dröschner** (SPD, Vorsitzender Strafvollzugskommission), **Gunther Heinisch** (Bündnis 90/Die Grünen, Strafvollzugskommission), **Elfriede Meurer** (CDU-Fraktion) und **Frank Puchtler** (SPD, Vorsitzender Haushaltsausschuss) zur Diskussion erschienen.

Von den vorgesehenen Themen kam nur die föderale Gestaltung des Strafvollzugs in Ansätzen zur Sprache, ansonsten ging es vordringlich um finanzielle Themen. Während **Elfriede Meurer** anmerkte, dass Handwerksunternehmen ihren



Und Nerven sparen! Und Gebühren sparen! Jetzt Bausparen!

Sichern Sie sich jetzt günstige
Finanzierungskonditionen. Mit einem
Ideal Bausparvertrag von Wüstenrot.

Jetzt Angebot anfordern:

www.dbb-vorsorgewerk.de/bausparensparen
oder 030/40 81 64 44

4 BUNDESVORSTAND

Angestellten mehr bezahlen als das Land Rheinland-Pfalz im Strafvollzug, warb **Frank Puchtler** um Verständnis für die aktuelle Haushaltspolitik. Er sehe in der aktuellen Situation keine anderen Wege: Sinkende Einnahmen bei steigenden Kosten müssten irgendwie abgefangen werden.

Dagegen brachte **Meurer** zur Sprache, dass Rheinland-Pfalz kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem habe. Man verfüge über Rekord-Steuereinnahmen, das Geld würde nur an der falschen Stelle ausgegeben. Dabei kritisierte sie das Aufblähen der Staatskanzlei und zu hohe Bezüge für einen Teil der Landesbediensteten.

Die Frage von Moderator **Mauren**, wieviel Geld (bundesweit) in Zukunft im Strafvollzug fehlen würde, konnte oder wollte keiner der anwesenden Diskussionspartner konkret beantworten.

Puchtler forderte in diesem Zusammenhang die Hebung des Spitzensteuersatzes. Derweil bemühte sich Moderator **Manfred Mauren**, die Diskussion noch mal in Richtung der Föderalismusreform zu steuern. Die einhellige Meinung war, dass die Zuständigkeit der Gesetzgebung durch die Länder gut bewältigt wird.

Heiß diskutiert wurde aber über Sinn und Unsinn von Rankings und darüber, nach welchen Kriterien diese aufgebaut werden sollten. Überwiegend waren die Teilnehmer der Ansicht, dass derartige Ländervergleiche eher nicht zweckdienlich seien.

Der **BSBD-Bundesvorsitzende Anton Bachl** schloss den öffentlichen Teil mit einigen Thesen, die er undiskutiert einfach in den Raum stellen wollte:

- Wir leisten uns 16 Bundesländer. Muss das so sein?
- Wir wollen Wettbewerb – aber uns nicht vergleichen
- Ist Föderalismus **so gewollt**? Brandenburg schließt JVA's, Berlin baut neu auf brandenburgischem Boden. Ähnlich sieht es zwischen Hamburg und Niedersachsen aus. Sachsen und Thüringen machen gemeinsame Sache beim Bau einer JVA; doch welche Gesetzgebung gilt? Welche Tarifstruktur gilt für die Angestellten? Wenn sich zehn von 16 Bundesländern freiwillig zu einer gemeinsam Gesetzgebung zusammenfinden, wie sinnvoll sind dann die Föderalismus-Bestrebenungen? Ist gemeinsam dann vielleicht doch besser?
- Es gehen sicher alle Beteiligten mit dem Thema Justizvollzug verantwortungsvoll um. Aber wenn Einzelvollzug festgeschrieben ist, warum werden dann weiter JVA's deutschlandweit geschlossen?



Ausrichtung für die nächste Wahlperiode festgeschrieben

Nach der Kür die Pflicht

Die Teilnehmer der „Arbeitstagung“ beim Bundesgewerkschaftstag haben den Tätigkeitsbericht der Bundesleitung entgegengenommen und die Ausrichtung der gewerkschaftspolitischen Arbeit für die nächste Wahlperiode festgeschrieben. Die neue Bundesleitung wurde gewählt, verdienstvolle Funktionäre aus dem Amt verabschiedet. Nach der öffentlichen Veranstaltung waren von den Delegierten die Pflichtaufgaben abzuarbeiten. Der umfangreiche Tätigkeitsbericht der Bundesleitung war ebenso zu prüfen, wie die Haushaltsangaben. Gerade hier griff naturgemäß eine leidenschaftliche Diskussion Platz. Letztlich wurde die Bundesleitung mit ihrer Arbeit in der vergangenen Amtszeit entlastet.



Die neue Bundesleitung, Burghard Neumann, Petra Gerken-Wolf, Friedhelm Sanker, Wolfgang Jänicke, Anton Bachl und Franz-Josef Schäfer (v.l.n.r.)

Die Wahlen zur neuen Bundesleitung waren der zweite Höhepunkt der Arbeitstagung. Alter und neuer Bundesvorsitzender ist **Anton Bachl**, der mit einer soliden Mehrheit im Amt bestätigt wurde.

Für den neu zu besetzenden Tarifbereich kandidierte als eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Petra**

Im Amt bestätigt wurde **Wolfgang Jänicke** aus Sachsen-Anhalt als für die Finanzen zuständiges Bundesleitungsmitglied.

Der Nordrhein-Westfale **Friedhelm Sanker** ist als Dinosaurier im Geschäft der Bundesleitung mit seinem Erfahrungsschatz von den Delegierten für eine weitere Amtszeit mit übergroßer



Gerken-Wolf aus Bremen. Sie wurde mit deutlicher Stimmenmehrheit in das Amt gewählt.

Für die Schriftleitung des „Vollzugsdienstes“ kandidierte **Burghard Neumann** aus Brandenburg. Er hat mit einer klaren Mehrheit das Vertrauen der Delegierten erhalten und übernimmt damit das Aufgabenfeld von **Peter Zielinski**.

Mehrheit bestätigt worden. Für den neu geschaffenen Bereich der Europa-Angelegenheiten hat **Franz-Josef Schäfer** aus Rheinland-Pfalz seine Kandidatur angemeldet. Mit überdeutlichen Mehrheit wurde er in das Amt gewählt.

Heiß diskutiert wurden anschließend erwartungsgemäß die Sachanträge. Grundlage der Arbeit des Bundesver-

bandes ist eine solide Ausstattung mit Finanzmitteln. **Anton Bachl** hat schon im Vorfeld leidenschaftlich dafür geworben, die Finanzpolitik des Bundesverbandes auf eine zukunftssichere Basis zu stellen. Nach einer zum Teil sehr lebhaften Diskussion ist hier vom Gewerkschaftstag ein Weg beschlossen worden, mit dem sich der **BSBD** finanzpolitisch strategisch gesichert aufstellt.

Das Gruppenbild der Dienstkleidungsträger zeigt ein buntes Bild und offenbart überdeutlich eines der aktuell größten Probleme im Strafvollzug der Bundesrepublik. Dem Grunde nach wird von Schleswig-Holstein bis Bayern und vom Saarland bis nach Brandenburg mit dem Resozialisierungsauftrag an einem Ziel gearbeitet. Die Föderalismusreform-Orgie hat jedoch dafür gesorgt, dass die Wege sehr unterschiedlich sein können. Der Gewerkschaftstag hat deshalb beschlossen, dafür einzutreten, wieder zu bundeseinheitlichen Normen zurückzukehren. Das vollzugspolitische Debakel Deutschlands beim Thema Sicherungsverwahrung ist dafür ein beredetes Beispiel.

Ein weiterer Themenkomplex waren schon mit Blick auf den Bundesgewerkschaftstag des **dbb** die Regelungen zum **TV-L** und hier insbesondere die Tätigkeitsmerkmale zur Eingruppierung und die Leistungszulage.

Nach einem langen und anstrengenden Tagungstag durfte auch gefeiert werden. Und das haben die Delegierten dann in den *Maximilians Brauwiesen* ausgiebig getan. In großer Runde waren die Landesgruppen schnell aufgelöst. Und genau darum geht es bei einem solchen gewerkschaftspolitischen Höhepunkt auch. Der



ungezwungene Austausch von Kollege zu Kollege ohne die strengen Vorgaben eines Plenums.

Ein besonderer Höhepunkt des zweiten Arbeitstages war die Verabschiedung von **Klaus Neuenhüsges** als langjährigen Tarifvertreter aus der Bundesarbeit. Nach fast 30 Jahren Tarifpolitik für den **BSBD** war er bei seinem Abschied sichtlich be-



Verabschiedung von Klaus Neuenhüsges und Ernst Steinbach durch Anton Bachl.



eindrückt von der Geste der Delegierten, die ihm minutenlang stehend applaudierten. Die gleiche Ehre erhielt auch **Ernst Steinbach**, der ebenfalls nicht mehr kandidiert hatte.

Mit einem letzten Wort bedankte sich Bundesvorsitzender **Anton Bachl** bei den Delegierten für ihre gute Arbeit, bei dem Team um **Winfried Conrad** für die Gastgeberqualitäten und beim Team des Best Western Mark Hotel Koblenz Lahnstein für die gute Unterbringung.

Er verabschiedete die Delegierten des nicht nur zahlenmäßig stärksten Kongresses von Strafvollzugspraktikern und Gewerkschaftern bis zum nächsten Bundesgewerkschaftstag 2016 in Schwerin, der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern.



Standing ovations gab es zum Abschied für Klaus Neuenhüsges und Ernst Steinbach.

Entschließung

Gesellschaft durch wirksame Resozialisierung von Straftätern schützen!

Die demografische Entwicklung hat den Strafvollzug mittlerweile erreicht. Nachdem die Unterbringungsverhältnisse in den Vollzugseinrichtungen jahrzehntelang von drangvoller Enge geprägt waren, stellen wir jetzt in fast allen Bundesländern einen Rückgang der Gefangenzahlen fest. Die angespannten Unterbringungsverhältnisse waren einer Wiedereingliederung von Rechtsbrechern nicht gerade förderlich; die Kolleginnen und Kollegen hatten in der Vergangenheit die Auswirkungen dieser Entwicklung auszubaden und wurden vielfach bis über die Grenze des Zumutbaren belastet. Dabei ist der Rückgang der Gefangenzahlen nicht allein eine Folge der Demografie. Einen gleichermaßen hohen Anteil an dieser Entwicklung haben die Akteure der Inneren Sicherheit und hier speziell der Strafvollzug. Wie aktuelle Studien belegen, werden die Behandlungsmaßnahmen des Strafvollzuges effektiver, zielgenauer und effizienter.

Der Strafvollzug hat seinen gesetzlichen Auftrag, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, seit Jahrzehnten sehr wirkungsvoll erfüllt. Jetzt ist er auch in der Lage, straffällig gewordenen Menschen, neue Lebensperspektive unter Beachtung „gesellschaftlicher Spielregeln“ zu eröffnen. Diese Entwicklung muss nach Einschätzung des **BSBD** genutzt werden, um den Strafvollzug noch leistungsstärker und damit zukunftsfähiger zu machen. Denn letztlich bewirkt nur die Resozialisierung von Straftätern einen Zugewinn an persönlicher Sicherheit jedes Einzelnen.

Rückläufige Gefangenzahlen zur Qualitätssteigerung nutzen

Bislang empfangen wir von der Politik widersprüchliche Signale. Während die einen bereit sind, die sinkenden Gefangenzahlen für die Sicherung und Steigerung der Qualität des Vollzuges zu nutzen, schießen die anderen nach der Schuldenbremse und möchten hier den Rotstift ansetzen, weil man in diesem Bereich vermeintlich nur wenige Wählerstimmen riskiert. Es zeichnen sich erste Tendenzen ab, die darauf hindeuten, dass in den kommenden Jahren weder verstärkt die Haushaltspolitiker bestimmen werden, was im Strafvollzug passieren soll. Der **BSBD** warnt nachdrücklich vor einer solchen Entwicklung, weil damit eine beinahe historische Chance vertan würde, den Strafvollzug sowohl personell als auch sächlich angemessen auszustatten.

Rückläufige Gefangenzahlen verbessern unmittelbar das Betreuungsverhältnis. Die Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes werden vielfach erstmals in die Lage versetzt, neben der Wahrnehmung sichernder und kustodialer Aufgaben auch ihre durch die Ausbildung erworbenen Kompetenzen in der Behandlung von Delinquenten anzu-

wenden. Die Mitarbeiter der besonderen Fachdienste erhalten die Möglichkeit, sich jedem Einzelfall intensiver zuwenden zu können, wovon allein schon eine weitere Qualitätsverbesserung des Strafvollzuges erwartet werden darf. Mit dem Rückfall in alte Strickmuster, um durch Kapazitätsabbau finanzielle Belastungen zu reduzieren, würde sich die Politik einen Bären dienst erweisen.

Strafvollzug ist bundeseinheitlich zu regeln

Was Öffentlichkeit und Politik im Regelfall geflissentlich übersehen ist der Umstand, dass Strafvollzug in jedem Fall gesellschaftlichen Mehrwert generiert. Die generalpräventive Wirkung erfüllt der Strafvollzug mit auch ökonomisch gutem Erfolg. Wissenschaftliche Studien belegen, dass ein Straftäter im Laufe eines Jahres volkswirtschaftliche Schäden in einer Größenordnung von 50.000 € verursacht, während für den Aufenthalt eines Rechtsbrechers in einer Vollzugseinrichtung ca. 35.000 € aufzuwenden sind. Bezieht man die Wiedereingliederungswirkung des Vollzuges mit ein, so generiert der Strafvollzug einen volkswirtschaftlichen Gewinn in einer Größenordnung von rund 30.000 € jährlich pro Gefangenen. Durch die Verhinderung von Straftaten und die Wiedereingliederung von Rechtsbrechern schafft der Strafvollzug beachtliche volkswirtschaftliche Werte und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Dieser Aspekt wird während der Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Schuldenkrise noch an Bedeutung gewinnen. Der **BSBD** erwartet von der Politik, den erreichten Qualitätsstandard des Strafvollzuges weiterzuentwickeln und die rückläufigen Gefangenzahlen nicht zu ungerechtfertigten Spareingriffen zu „missbrauchen“. Von der Bundespolitik fordert der **BSBD**, den

Bereich des Strafvollzuges wieder bundeseinheitlich zu regeln. Die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz auf die Bundesländer – dies sehen zwischenzeitlich auch die Rechtspolitiker der Parteien ein – war ein Fehler, der dringend korrigiert werden muss. Wenn im Rahmen der europäischen Schuldenkrise nach einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung gerufen wird, dann ist die Bundesrepublik Deutschland dringend aufgefordert, im Bereich des Strafvollzuges ihre Hausaufgaben zu erledigen.

Strafvollzug ist wirtschaftlich zu gestalten, gegebenenfalls auch länderübergreifend

Besorgniserregend wird die Lage, wenn Bundesländer die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Strafvollzuges aus parteipolitischen Gründen verweigern. Da werden in einem Bundesland Justizvollzugsanstalten aufgelöst, während ein benachbartes Bundesland zugleich neue Haftanstalten errichtet. Solche Entwicklungen sollten nicht die zwangsläufige Folge unserer föderalen Struktur sein. Hierbei handelt es sich ganz einfach um nicht hinnehmbare vorsätzliche Steuerverschwendung. Ein gutes Beispiel ist das Verhältnis von Niedersachsen und Hamburg. Während der Stadtstaat seine Haftplatzkapazitäten reduziert, errichtet Niedersachsen eine neue Vollzugseinrichtung als PPP-Modell. Da sich Teilprivatisierungen aufgrund der bislang gewonnenen Erfahrungen nur für den Investor, niemals jedoch für den Steuerzahler lohnen, wird hier besonders verschwenderisch mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgegangen. Dabei kann auch Niedersachsen mit den Steuereinnahmen neben den staatlichen Pflichtaufgaben lediglich die Zinsen für den aufgelaufenen Schuldenberg finanzieren. An Schuldentilgung ist überhaupt nicht zu denken. Mit Berlin und Brandenburg verhält es sich ganz ähnlich.

Der Landesrechnungshof von Sachsen-Anhalt hat Presseberichten zufolge festgestellt, dass das PPP-Projekt der JVA Burg nicht den einschlägigen Leitfäden für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen entsprach. Konkret führte der Rechnungshof aus, „es wurden zum Teil unrealistische Annahmen getroffen, die nicht belegbar waren und somit zu verfälschten Ergebnissen führten.“ Mit

Nachruf

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands trauert um seinen ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden

Friedrich Krämer

Amtsinspektor a.D.

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

* 23.01.1930 † 20.11.2011



Mit Friedrich Krämer verliert der BSBD einen über das Berufsleben hinaus anerkannten Kollegen, einen glühenden Gewerkschaftler, einen liebenswerten und bescheidenen Menschen.

Sein Name wird für uns verbunden bleiben mit der aufopferungsvollen Arbeit für die Sache des Strafvollzuges im geeinten Deutschland.

Sein Andenken in Ehren zu halten ist dem BSBD Verpflichtung. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

Straubing, im November 2011
Anton Bachl, Bundesvorsitzender

anderen Worten könnte man behaupten, dass Vorschriften bis zur Unkenntlichkeit gedehnt werden mussten, um neoliberales Gedankengut in praktische Politik umsetzen zu können.

Vergleichbar wurde in Hessen bezüglich der JVA Hünfeld vorgegangen. Zwischenzeitlich ist durch wissenschaftliche Begleituntersuchungen belegt, dass Hünfeld teurer ist als vergleichbare staatliche Einrichtungen. Für den Steuerzahler war auch das politische Vorzeigemodell Hünfeld ein sehr schlechtes Geschäft.

Besoldungs- und Dienstrecht verlangen nach der Gesetzgebungskompetenz des Bundes

Während der Politik für Prestigeobjekte offenbar nichts zu teuer ist, wird bei den Gehältern der öffentlich Beschäftigten seit Jahren auf die Bremse getreten. Besonders die im Rahmen der Föderalismusreform erfolgte Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz vom Bund auf die Bundesländer hat sich sehr nachteilig auf die flexible Verwendung von Beamten ausgewirkt. Durch das erhebliche Auseinanderdriften der Gehälter besteht faktisch kaum noch die Möglichkeit, über Ländergrenzen hinweg den Arbeitsplatz zu wechseln. Der Grund „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird sträflich missachtet. Speziell die Beamten werden in unterschiedlicher Ausprägung von der allgemeinen Einkommensentwick-

lung abgekoppelt. Besonders drastisch führt uns Rheinland-Pfalz diese Abkoppelung vor Augen. Ganz abgesehen von diesen ungerechtfertigten Zugriffen auf die Einkommen der Kolleginnen und Kollegen wird auf diese Weise auch die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes beim Werben um die besten Köpfe nachhaltig beschädigt. Dass die Zugriffe der Politik auf die Einkommen des öffentlichen Dienstes nicht ohne Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft und Engagement bleiben, wenn gleichzeitig die Einkommen aus selbständiger Arbeit explodieren, liegt auf der Hand. Auch die Staatsdiener haben das Gefühl, dass die gesellschaftlichen Lasten nicht mehr gerecht verteilt sind. Jetzt ist die Politik gefordert, auch den „starken Schultern“ einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens abzuverlangen. Von der Politik fordert der **BSBD**, das Besoldungs- und Beamtentrecht künftig wieder bundesgesetzlich vorzugeben.

Sollte die Politik hingegen mit den ungerechtfertigten Eingriffen in die Beamtensbesoldung fortfahren, käme dies der faktischen Aufkündigung des Dienst- und Treueverhältnisses zur Disposition zu stellen gleich, was den bislang nur vereinzelt vernehmbaren Ruf nach einem Streikrecht für Beamten deutlich verstärken würde. Der Politik muss klar sein, dass die Betroffenen einseitige Sparmaßnahmen nicht länger hinnehmen werden.



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt - Pf. 3136 - 46314 Borken-Weseko

Desolater Zustand der Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen

Braucht Brandenburg tatsächlich einen Arrestneubau?

Das Gebäude der Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen, gelegen hinter dem Amtsgericht, ist in einem desolaten Zustand. Durch die Landesregierung ist erkannt, dass hier dringend Handlungsbedarf gegeben ist. Ist jedoch das daraus resultierende Vorhaben, einen Neubau in der Nähe des alten Standortes und damit Investitionen in Höhe von voraussichtlich ca. 5 Millionen Euro vorzunehmen, tatsächlich die einzige und wie behauptet alternativlose Variante, um dem abzuhelpfen?

Im Land Brandenburg sinkt seit längerem die Auslastung der mit 2.123 offiziell angegebenen Zahl der vorhandenen Haftplätze beständig, so dass das Ministerium der Justiz angehalten ist, über Reaktionen auf diesen Trend mit Hilfe eines neuen Vollzugskonzeptes nachzudenken.

Angebote an die Berliner Justizverwaltung, diese Haftplätze in Brandenburg mitzunutzen, sind von der dortigen Senatorin strikt abgelehnt und dafür der Neubau einer eigenen Anstalt auf Brandenburger Gebiet forciert worden. Für viele eine **Steuerverschwendung**. Der **BSBD Brandenburg** hatte vorgeschlagen, den **Standort für den Jugendarrestvollzug nach Cottbus zu verlegen** und das dortige, außerhalb der Anstalt liegende Gebäude des offenen Vollzugs durch Umwidmung der Haftplätze in Arrestplätze zu nutzen – eine sehr kosten-

erforderlich (Einsparung von finanziellen Mitteln).

- Das vorhandene Gebäude in Cottbus kann nach einer kurzen Zeit der Einrichtung sofort für den Arrestvollzug genutzt werden. Eine provisorische Unterbringung in Container für zwei bis drei Jahre am jetzigen Standort und damit verbunden auch zusätzliche Kosten würde entfallen.
- Die Zahl der Arrestplätze erhöht sich von 23 auf 30 und verkürzt so „Wartezeiten“ auf Arrestvollstreckung.
- Durch die Nutzung von Fachdiensten aus der JVA bietet sich die Möglichkeit einer erzieherisch wirksameren Gestaltung des Arrestes, ohne dass man zwingend private Träger benötigt, die ja auch bezahlt werden müssen.
- Die Personalbewirtschaftung ist wesentlich einfacher und effektiver gestaltbar. Gleiches gilt auch für die finanzielle und verwaltungsorganisatorische Bewirtschaftung.
- Es ist ein Beitrag zur Reduzierung der derzeit nicht genutzten Haftplätze.

Auch wenn die vorgesehenen 5 Millionen Euro für einen Neubau in Königs Wusterhausen im Vergleich zu den 120 Millionen für den Berliner Neubau in Groß Beeren relativ gering erscheinen, sind es Steuermittel, die im Brandenburger Haushalt für dringend notwendige **Sanierungsarbeiten in der Gerichtsbarkeit** zusätzlich genutzt werden könnten. Die Argumente, die seitens des Justizministeriums gegen den Vorschlag des **BSBD** vorgebracht werden, sind aus unserer Sicht **nicht stichhaltig**. Es wird hierbei vorgetragen, es gäbe **rechtliche Hinderungsgründe**, eine JAA bei einer JVA einzurichten.

Dies ist jedoch falsch. Eine JAA darf nicht gleichzeitig für den Vollzug von Freiheitsstrafen oder Jugendstrafen vorgesehen und auch nicht **in einer JVA** errichtet werden. Das Gebäude des offenen Vollzuges in Cottbus-Dissenchen liegt außerhalb des umwehrten Bereiches



Das Gebäude des offenen Vollzuges der JVA Cottbus-Dissenchen.

und somit separat. Somit würde es den **Ansprüchen nach § 1 Abs. 2 JAVollzO** genügen.

Außerdem sind im Süden des Landes Brandenburg mit der Teilanstalt Spremberg ausreichend **Haftplätze des offenen Vollzuges** (insgesamt 120) vorhanden und diese würden auch für Cottbus-Dissenchen ausreichend sein (derzeitige Belegung: 74 in Spremberg und 22 in Cottbus).

Die **Leitung der JAA** wird auch in Cottbus durch den entsprechenden Jugendrichter des Amtsgerichts erfolgen und damit die Entscheidungszuständigkeit für alle Arrestangelegenheiten wie bisher in dessen Kompetenz fallen.

Die **angedachte provisorische Unterbringung** in Containern ab Januar 2012, die außerdem neben einer Verringerung der derzeitigen Aufnahmekapazität eine personelle Unterstützung aus den Vollzugsanstalten notwendig macht sowie zusätzliche Kosten mit sich bringt, ist nicht erforderlich.

Das Vorhaben des Neubaus in Königs Wusterhausen befindet sich dazu erst in der **Vorbereitungsphase**, ist also derzeit sehr wohl noch ohne große Kosten einstellbar.

Auch die gute **Erreichbarkeit** von Königs Wusterhausen ist kein überzeugendes Argument, denn auch Cottbus ist öffentlich gut angebunden und liegt nicht tief in der sibirischen Tundra.

Fazit: Es gibt derzeit keine stichhaltigen Argumente gegen die vom BSBD vorgetragene Variante. Bleibt die Frage, welche Interessen mit dem Festhalten am Standort Königs Wusterhausen und einem dortigen Neubau bedient werden sollen.

Willi Köbke, Landesvorsitzender



Die JAA Königs Wusterhausen im November 2011.



Die „Zwischenlösung“: Container.

günstige und auch personal- und verwaltungswirtschaftlich sinnvolle Variante, der auch rechtliche Regelungen aus der Jugendarrestordnung nicht entgegenstehen. Aus Sicht des **BSBD Brandenburg** ergeben sich hier wesentliche Vorteile sowohl für das Land, aber auch für den Justizvollzug:

- Es ist kein Neubau am alten Standort